

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 28.10.2009
Sitzung Nummer:	3 (WLTA/03/2009)
Sitzungsdauer:	17:01 - 19:50 Uhr
Sitzungsort:	Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt Jakobikirchhof 2, 39576 Stendal

Norbert Tanne
Vorsitzende/r

Sibylle Wenzel
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Herr Norbert Tanne

Mitglieder

Herr Peter Krüger

Herr Nico Schulz

ab 18.50 Uhr entschuldigt

Herr Eduard Stapel

Herr Torsten Werner

Herr Bernd Witt

beratende Mitglieder

Herr Tiemo Schönwald

ab 18.40 Uhr entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Gerhard Faller-Walzer

Frau Inge Harsdorf

Frau Monika Lagemann

Herr Bernd-Otto Leunig

Herr Heinz Riemann

Herr Bernd Switalla

Protokollführer

Frau Sibylle Wenzel

von der Verwaltung

Herr Carsten Wulfänger

Gäste

Herr Thomas Barniske

Herr Egmar Gebert

Herr Volkmar Hahn

Herr Marco Hertzfeld

Frau Sibylle Paetow

BIC Altmark

Volksstimme

Geschäftsführer der Verbraucherzentrale S-A e.V.

Altmark Zeitung

LandLeute GbR

Abwesend:

Mitglieder

Herr Klaus-Peter Noeske

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Verpflichtung der sachkundigen Einwohner auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten
 - 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 2. Sitzung vom 30.09.2009
 - 5 Zuschuss für den Regionalwettbewerb Jugend forscht (Herr Barniske)
Vorlage: 065/2009
 - 6 Zuschuss für die Erarbeitung einer Studie über die Bildung eines kommunalen Zweckverbandes für die regionale Versorgung der Region Altmark mit Biogas über Erdgasnetze
Vorlage: 066/2009
 - 7 Zuschuss an die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark (DSL)
Vorlage: 064/2009
 - 8 Antrag auf Übernahme der Eigenmittel des Pilotprojektes "Verbesserung der Breitbandversorgung in der Altmark"
Vorlage: 072/2009
 - 9 Zuschuss an die GfAuS des Landkreises Stendal mbH für die Bereitstellung von Arbeitsschutzmaterialien
Vorlage: 063/2009
 - 10 Zuschuss an die GfAuS des Landkreises Stendal mbH zur materiellen Absicherung der Reparaturarbeiten an den Rad- und Wanderwegen im Landkreis Stendal
Vorlage: 062/2009
 - 11 Antrag auf Kostenübernahme der GfAuS für zwei weitere Rasthütten
Vorlage: 073/2009
 - 12 Vorstellung der Verbraucherzentrale (Herr Hahn)
 - 13 Festlegung zur weiteren Beratung der DS 051/2009 (Steinkohlekraftwerk)
 - 14 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Tanne, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus, eröffnet die 3. Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohner, die Gäste, die Presse und die Vertreter der Verwaltung.

zu TOP 2 Verpflichtung der sachkundigen Einwohner auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten

Vor Beginn der Sitzung wird die Pflichtenbelehrung gemäß §21 Satz 2 Landkreisverordnung Sachsen-Anhalt in Verbindung mit § 32 GO LSA an Frau Lagemann übergeben. Die Berufungsurkunde wurde ihr bereits per Post zugestellt. Frau Lagemann unterschreibt die Belehrung und erhält vor Ort eine Kopie für ihre Unterlagen. Die bereits auf der 2. Sitzung verpflichteten sachkundigen Einwohner erhalten eine Kopie ihrer unterschriebenen Belehrung für die Akten.

Herr Tanne verliest die Pflichtenbelehrung. Er beglückwünscht Frau Lagemann und wünscht viel Erfolg bei der Arbeit.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Die geänderte Tagesordnung wird zu Beginn der Sitzung jedem Ausschussmitglied vorlegt.

Herr Tanne stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
Fehlendes Ausschussmitglied ist Herr Noeske. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 2. Sitzung vom 30.09.2009

Herr Tanne gibt den Hinweis an die Ausschussmitglieder in bezug auf die 2. Ausschusssitzung, dass sie sich im Vorfeld entschuldigen möchten, wenn sie die Sitzung vor Ende verlassen möchten.

Der öffentliche Teil der Niederschrift wird festgestellt.

**zu TOP 5 Zuschuss für den Regionalwettbewerb Jugend forscht (Herr Barniske)
Vorlage: 065/2009**

Herr Tanne erteilt Herrn Barniske nach kurzer Einleitung das Wort.

Herr Barniske erklärt, dass „Jugend forscht“ ein Bundesweiter Nachwuchswettbewerb ist. Der sich an die Altersgruppen 10 – 21 Jahre wendet. Die Schüler werden an den Schulen aufgefordert, sich in 7 Fachbereichen mit naturwissenschaftlichen Projekten zu befassen.

In entsprechenden Wettbewerben können die Schüler in den Bereichen: Arbeitswelt, Biologie, Chemie, Geo- und Raumwissenschaft, Mathematik, Informatik, Physik ihre Projekte vorstellen.

In allen Bundesländern gibt es hierzu Regionalwettbewerbe. In Sachsen-Anhalt gibt es z.B. 3 Regionalwettbewerbe: Der Regionalwettbewerb Stendal wird durch die BIC Altmark GmbH und die Stadtwerke Stendal als Partner der „Jugend forscht Stiftung“ in Hamburg federführend begleitet. In Halle durch die Halloren-Schokoladen-Fabrik und in Bitterfeld durch die Bayer AG.

Auch für den 3. Regionalwettbewerb in Stendal 2010 haben sich wieder regionale Partnerfirmen gefunden, die sich finanziell beteiligen. Der Wettbewerb findet am 25.02.2010 in der Katharinenkirche in Stendal mit anschließender Siegerehrung im Landratsamt statt. Projektvorschläge müssen von den Teilnehmern bis zum 30.11.2009 online eingereicht werden.

Die Sieger der einzelnen Kategorien treten beim Landeswettbewerb an, welcher im März 2010 in Magdeburg stattfindet. Die Sieger der Landeswettbewerbe fahren im Mai nach Essen zum Bundeswettbewerb.

„Jugend forscht“ ist eine hochinteressante und lehrreiche Erfahrung für die engagierten Teilnehmer sich mit hochwissenschaftlichen Themen auseinander zusetzen und trägt zur Integration der Jugendlichen im Bildungsbereich bei.

Herr Barniske bittet daher, dieses Projekt finanziell zu begleiten und lädt alle herzlich zum 25.02.2010 in die Katharinenkirche nach Stendal ein, um sich ein Bild über das Projekt zu verschaffen.

Herr Tanne bedankt sich bei Herrn Barniske.

Es gibt keine Fragen zum Thema.

einstimmig zugestimmt

Ergänzungen zur Abstimmung:

Die Ausschussmitglieder geben einstimmig ihre Zustimmung zur finanziellen Unterstützung des Projektes „Jugend forscht“ ab.

**zu TOP 6 Zuschuss für die Erarbeitung einer Studie über die Bildung eines kommunalen Zweckverbandes für die regionale Versorgung der Region Altmark mit Biogas über Erdgasnetze
Vorlage: 066/2009**

Die geänderte Mitteilungsvorlage wurde den Ausschussmitgliedern zum Anfang der Sitzung ausgehändigt.

Herr Tanne erteilt Frau Paetow, LandLeute GbR das Wort.

Frau Paetow möchte den Projektantrag vorstellen und kurz erläutern, woraus dieses Projekt finanziert werden soll und zwar aus dem Regionalbudget Altmark.

Wir haben in der Region Altmark nur zwei Stadtwerke mit den Standorten Stendal und Osterburg. Ansonsten nur E-ON Avacon als großen regionalen Energieversorger, der sehr marktbestimmend ist. Jetzt stelle man sich vor, dass in einigen Jahren ein 3. Versorger mit am Markt sei, der tatsächlich preiswerte Wärmeenergie anbietet, der dafür sorgt, dass wir eine Versorgungssicherheit haben, der auf regionale Anbieter regenerativer Energien zurückgreift und dieser Anbieter soll ein sogenannter Zweckverband sein, der aus den verschiedenen Verwaltungsgemeinschaften zu gründen wäre, mit der Aufgabe regenerative Energien an den Markt heranzubringen. So einen Zweckverband gibt es vergleichsweise bereits in Hamburg.

Zum einen soll der Wettbewerb am Markt gestärkt werden und die Verbraucher dürfen auf stabile Preise hoffen. Hierzu soll eine Studie erarbeitet werden, die sich mit der Analyse der Grundlagen, der Untersuchung von Randbedingungen und mit der Beschreibung wirtschaftlicher Faktoren auseinandersetzt.

Im Ergebnis der Studie wird eine belastbare Entscheidungsgrundlage für den weiteren Umgang mit dem Thema Erneuerbare Energien in der Altmark und deren Einbindung in den regionalen Wirtschaftskreislauf erwartet.

Konkret soll auf Basis der Untersuchung eine dauerhafte Einrichtung (Kommunaler Zweckverband) – vergleichbar einem Eigenbetrieb – etabliert werden, die steuernd in diesen Prozess eingreift und die vorhandenen Potenziale weiterentwickelt und auf breiter Front nutzbar macht.

Die Ergebnisse dieser Studie sollen Mitte 2010 vorliegen.

Die Kosten der Studie sind mit 20.000 € kalkuliert. Hiervon werden 80 % gefördert und 20 % sind als Eigenanteil des Landkreises Stendal zu erbringen. Projektgebiet ist die gesamte Altmark.

Das Regionalbudget ist ein Förderprogramm des Bundes. Er ist ein Bestandteil der GA-Förderung. Diese besagt, dass jede Planungsregion in Sachsen-Anhalt, die Altmark als eine Planungsregion, 300.000 € pro Jahr zur Verfügung bekommt, um Studien, Beratungen, Marketingmaßnahmen umsetzen zu können, die dazu dienen die wirtschaftliche Entwicklung der Region voranzubringen. Antragsteller können nur öffentliche Träger sein. Es werden nur nicht investive Maßnahmen gefördert. In diesem Rahmen soll der Antrag gestellt werden. In diesem Jahr hat bereits eine Auswahl an Projekten stattgefunden. Die Auswahl der Projekte wird in der Region getroffen. Jedoch gibt es noch einen Topf der offen ist für dieses Jahr aus welchem der Antrag gefördert werden könnte. Bedingung ist, dass die Beantragung noch in diesem Jahr erfolgt. Wenn die Ausschussmitglieder zu diesem Projekt heute ihre Zustimmung geben sollten, ist der Werdegang folgender: In der nächsten Woche wird sich ein Fachgremium des Regionalvereins mit diesem Projekt nochmals befassen und am 10.11.2009 auf der Vorstandssitzung des Regionalvereins wird letztendlich der Beschluss gefasst, ob dieses Projekt als Wichtiges Projekt der Region anerkannt wird.

Als Ergänzung zeigt Frau Paetau an, dass es eine Vereinbarung zwischen den beiden Landkreisen Salzwedel und Stendal gibt, in der vereinbart wurde, dass der Landkreis Stendal sich für dieses Projekt engagiert und der Altmarkkreis Salzwedel für ein ähnlich gelagertes Projekt, welches sich aber mit der Breitbandversorgung befasst. Daher rührt die Änderung der Mitteilungsvorlage.

Frau Paetow beendet ihren Vortrag und steht für Fragen zur Verfügung.

Herr Witt: Welche Ziele werden durch den Zweckverband verfolgt?

Frau Paetow: Es geht darum, wie kann man einen Zweckverband gründen. Es geht auch darum, nicht nur auf die Biogasproduktion zu setzen, sondern auch zu überprüfen, inwieweit durch den Einsatz anderer regenerativer Energien (z.B. Solarbereich) auch Strom erzeugt werden kann, der dann durch den Zweckverband angeboten werden kann. Bisher gibt es keine Zahlen dazu. Es soll geprüft werden, ist so etwas überhaupt machbar. Wie sieht die Organisationsform aus und wie kann das Ganze dann aufgebaut werden.

Herr Wulfänger erklärt noch mal, dass an einer Stelle Biogas erzeugt und an einer anderen verbraucht wird. Dazwischen haben wir immer einen Zwischenhändler. Dieser nimmt das Geld aus der Region. Mit der Überprüfung, rechtlich und wirtschaftlich gesehen, ob es möglich ist einen Zweckverband aufzubauen, soll die Wertschöpfung in der Region bleiben.

Herr Stapel sagt, dass dies ja dann nur weitere, neue Anlagen betrifft. Es gibt bereits zwei Studien, die sich mit dem Potenzial in der Altmark befassen. Er fragt, wie das alles zusammenpasst und warum nicht auf die vorliegenden Studien zurückgegriffen wird?

Frau Paetow fragt, auf welche Studien sich Herr Stapel bezieht? Wir wissen, dass wir sehr hohes Potenzial haben in der Region, um erneuerbare Energien, gerade im Bereich Biogas herzustellen. Es geht um die Verwertung von Reststoffen. Wenn es gelingt einen Zweckverband, der als regionaler Aufkäufer und Verkäufer fundiert, haben wir die Möglichkeit regionale Wertschöpfung zu erzeugen.

Herr Stapel fragt Frau Paetow nach den ihr vorliegenden Zahlen zum Potenzial unserer Region. Die möchte er dann gern haben.

Frau Paetow weist auf die großen landwirtschaftlichen Flächen, der großen Grünlandflächen liegt erst einmal ein großes „theoretisches“ Potenzial vor. Es ist kein Vorhaben, dass losgelöst im Raum steht, sondern, wenn so ein Zweckverband gegründet werden soll, wird mit Projektpartnern wie dem BIC und der Bioregion Altmark zusammengearbeitet.

Herr Tanne versteht das Projekt so: Wir wollen im Rahmen der regionalen Wertschöpfung ein Modell entwickeln „Wie können wir zusammen einen Verband bilden, um das Geld der Gewinnung und Vermarktung Selbst zu verdienen.“

Herr Faller-Walzer führt den Hauptpunkt der regionalen Wertschöpfung an und zu den Potenzialen führt er das Beispiel der Stadtwerke Kassel an, welche relativ weit entfernt von Kassel eine große Biogasanlage gebaut und machen genau das Gleiche, sie speisen in die vorhandenen Gasleitungen ein. Er weist noch mal auf die Auftaktveranstaltung „Bioregion Altmark“ hin und sagt, dass die Potenziale da sind. Und sagt, wir sollten uns jetzt schon überlegen, die Netze mit aufzubauen und nicht erst wenn die Großen Betreiber selber große Biogasanlagen bauen und ins Netz einspeisen. Nicht das wieder Kapital von Außen in die Region kommt, aber wieder abfließt, ohne hier den Nährwert zu lassen. Das ist ein wichtiger Aspekt, warum wir diese Studie unterstützen sollten.

Herr Tanne sieht das als sehr wichtig an. Die Studie muss vor allem zum Ausdruck bringen, neue Biogasanlagen zu bauen, welche in der Nähe der Produzenten gebaut werden, aber auch jetzt schon auf die Vernetzung geachtet werden sollte.

Herr Riemann fragt an: Warum laufen die Dinge nicht koordinativ zusammen? Z.B. mit den Stadtwerken.

Herr Wulfänger weist noch mal darauf hin, dass nicht die Gründung eines Zweckverbandes das Ziel der Studie ist, sondern zu ergründen, welches die günstigste Struktur ist, um Wertschöpfung zu erlangen. Die Stadtwerke können dabei natürlich integriert werden. Ziel ist nicht eine Parallelstruktur aufzubauen.

Herr Stapel sagt, dass es bisher keine Zertifizierung für die Verwertung von Reststoffen gibt. Ihm ist es zu früh dafür.

Herr Werner versteht den Antrag so, dass Vermarktungsalternativen für Gas geschaffen werden sollten, auch für vorhandene Anlagen. Er findet das Ziel der Studie sinnvoll.

Herr Schönwald spricht sich für die Studie aus.

Herr Tanne beendet die Diskussion und bittet um Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

Ergänzungen zur Abstimmung:

Die Ausschussmitglieder stimmen der Mittelbereitstellung für die Studie in Höhe von 4.000 € statt 2.000 € einstimmig zu.

**zu TOP 7 Zuschuss an die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark (DSL)
Vorlage: 064/2009**

Auf Grund der Vereinbarung zwischen den Landkreisen Salzwedel und Stendal (Aufteilung der Zuschüsse (Eigenmittel), siehe auch TOP 6) wurde der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

abgesetzt oder zurückgezogen

**zu TOP 8 Antrag auf Übernahme der Eigenmittel des Pilotprojektes "Verbesserung der Breitbandversorgung in der Altmark"
Vorlage: 072/2009**

Die Mitteilungsvorlage wurde den Ausschussmitgliedern zum Anfang der Sitzung ausgehändigt.

Herr Tanne erteilt Herrn Wulfänger das Wort.

Herr Wulfänger: Es ist herauszufinden, welcher Weg der Richtige ist, um flächendeckend in absehbarer Zeit in der Altmark DSL-Versorgung hinzubekommen. In den Städten gibt es verschiedene Anbieter, das ist auch nicht das Thema. Vom Ziel bis Ende 2010 eine flächendeckende DSL-Versorgung zu haben, sind wir weit entfernt. Das Land Sachsen-Anhalt wollte ursprünglich ein Breitbandkompetenzzentrum aufbauen, davon ist man abgegangen, da es nicht finanzierbar war. Seit Oktober gibt es im Amt für Wirtschaftsförderung einen Ansprechpartner, der sich ständig mit dem Thema auseinandersetzt und es vorantreibt. Durch dieses Pilotprojekt der beiden Verwaltungsgemeinschaften sollen, für eine flächendeckende DSL-Versorgung, Lösungen gefunden werden. Es muss jetzt erst mal nachgewiesen werden, dass der Markt versagt hat, das kein privates Unternehmen bereit ist, eine DSL-Versorgung aufzubauen.

Herr Tanne bittet die Ausschussmitglieder um Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Antrag auf Projektförderung einstimmig zu.

**zu TOP 9 Zuschuss an die GfAuS des Landkreises Stendal mbH für die Bereitstellung von Arbeitsschutzmaterialien
Vorlage: 063/2009**

Die geänderte Mitteilungsvorlage wurde den Ausschussmitgliedern zum Anfang der Sitzung ausgehändigt.

Herr Tanne erläutert, dass die Mittel für die Arbeitskleidung der Schulwegbegleiter gestrichen wurde, da diese über eine andere Förderung ihre Materialien bekommen.

Herr Schulz fragt nach, ob die Maßnahmen, die hier gefördert werden sollen, im ganzen Landkreis Stendal tätig sind?

Herr Wulfänger bejaht die Frage und erklärt, dass die Brandschutzerzieher Ausgangspunkt für diese Vorlage waren. Denn, wenn sie in die Kinder- und Jugendeinrichtungen kommen, werden sie von den Kindern nicht als Feuerwehrmänner angesehen. Aus diesem Grund soll ihnen Dienstkleidung bereitgestellt werden. In diesem Zuge war die Frage Umweltwacht Thema und auch diese sind im ganzen Landkreis tätig und sollen mit Wertsachen ausgestattet werden.

Herr Stapel findet die Ausgabe unnützlich.

Herr Schönwald fragt nach der Dringlichkeit und macht den Vorschlag Sponsoren zu suchen. Er z. B. würde die Kosten von 239,40 € für die Diensthosen übernehmen.

Herr Wulfänger möchte auf die Spendenbereitschaft von Herrn Schönwald zurückkommen, da die Brandschutz-erzieher in Kürze wieder zu einer Messe fahren und dort geeignetes Schulungsmaterial für die Kinder erwerben möchten.

Herr Tanne betont noch mal, dass hier Dringlichkeit besteht, da das Jahresende bevorsteht und das noch vorhandene Budget ausgeschöpft werden sollte und bittet um Abstimmung der Ausschussmitglieder und bittet die Spendenbereitschaft von Herrn Schönwald zu berücksichtigen.

mehrheitlich zugestimmt

Ergänzungen zur Abstimmung:

Die Ausschussmitglieder stimmen der geänderten Mitteilungsvorlage und somit dem Antrag der GfAuS auf Zuschuss für die Bereitstellung von Arbeitsschutzmaterialien in Höhe von 4.445,99 € statt 7.368,54 € mit einer Gegenstimme zu.

**zu TOP 10 Zuschuss an die GfAuS des Landkreises Stendal mbH zur materiellen Absicherung der Reparaturarbeiten an den Rad- und Wanderwegen im Landkreis Stendal
Vorlage: 062/2009**

Herr Tanne bittet Herrn Wulfänger den Antrag der GfAuS zu erläutern.

Herr Wulfänger: Ich hätte gern gesehen, dass wir noch ein Stückchen Radweg über die Arbeitsförderungsgesellschaft in diesem Jahr sanieren, da, wie in den letzten Sitzungen festgestellt wurde, auf dem Gebiet der Radwegsanierung Bedarf besteht. Das ist aus Kapazitätsgründen bei der GfAuS z.Zt. nicht möglich. Jedoch besteht ständig Bedarf an Materialien für die Pflege der Wander- und Radwege. Ich empfehle dem Antrag zuzustimmen.

Herr Tanne bittet um Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

Ergänzungen zur Abstimmung:

Die Ausschussmitglieder geben einstimmig ihre Empfehlung zum vorliegenden Antrag ab.

**zu TOP 11 Antrag auf Kostenübernahme der GfAuS für zwei weitere Rasthütten
Vorlage: 073/2009**

Herr Tanne: Herr Rümschüssel teilte mir in einem Gespräch mit, dass es notwendig ist, 2 weitere Rasthütten entlang der Elbe zu errichten. Eine davon soll östlich und eine westlich aufgestellt werden. Wir haben uns geeinigt, dass eine noch in diesem Jahr aufgestellt wird. Er bitte um Zustimmung durch die Ausschussmitglieder.

einstimmig zugestimmt

Ergänzungen zur Abstimmung:

Die Ausschussmitglieder geben einstimmig ihre Empfehlung ab.

zu TOP 12 Vorstellung der Verbraucherzentrale (Herr Hahn)

Herr Tanne begrüßt den Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt, Herrn Hahn. Er bedankt sich für die Einladung und erteilt ihm das Wort.

Herr Hahn: Ich möchte ihnen die Mitarbeiterinnen Frau Dittrich und Frau Wilke der Verbraucherzentrale Stendal vorstellen.

14+ das ist die Zahl von Beratungsstellen die Sachsen-Anhalt benötigt.

Eine Beratungsstelle in Stendal, wenn man einwenig vorausschaut, was kann die leisten?

Wir stärken die Eigenverantwortung privater Haushalte. Wie können die Menschen teilhaben an der Wissensgesellschaft? Z.B. DSL, der Markt im Energiebereich, preiswerte, sichere Versorgung.

Verbraucherthemen gewinnen politisch an Gewicht?

Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg mit der Verbraucherpolitischen Strategie ein Fundament für die Verbraucherpolitik im Land vorgelegt. Diese Strategie wird dort bestimmen und soll dort den Verbraucher als Marktpartner stärken. Letztlich ist erfolgreiche Verbraucherpolitik nichts anderes als Wirtschaftspolitik, nur eben von der Nachfrageseite her. Denn letztlich entscheiden die Verbraucher darüber was erfolgreich ist und Verbraucher sein ist ein Vollzeitjob. Es sind Märkte liberalisiert und dereguliert worden, aber nicht auf allen diesen Märkten sind die Verbraucher in der Lage die richtigen Entscheidungen zu treffen. Die Anforderungen wachsen, die Fragestellungen werden komplexer, und der Beratungsbedarf steigt. Mit einer unabhängigen Beratung durch die Verbraucherzentralen kann oftmals ein günstigerer Anbieter ausgewählt werden. Fehlentscheidungen, die durch die Fülle der Angebote nur schwer zu vermeiden sind, können schwerwiegende persönliche Folgen haben. Bereits heute sind 10 Prozent aller bundesdeutschen Haushalte überschuldet, zurückzuführen auf die Überforderung sowie das geänderte Konsumverhalten der Verbraucher. Folgen wie z.B. Altersarmut, können oft nur durch langfristige Inanspruchnahme von Transferleistungen der Sozialsysteme gelindert werden.

Nachhaltiger Verbraucherschutz erfordert eine neue Qualität der Verbraucherarbeit.

Verbraucherberatung soll in Ober- und Mittelzentren sowie in Landkreisen ortnah individuelle und unabhängige Informationen und Beratungsangebote zur Verfügung stellen. Der Bedarf wird in zeitnahe, persönliche Beratung, in außergerichtliche Rechtsberatung und –durchsetzung, in Verbraucherinformationen zu aktuellen Themen in regionalen Medien, in gute telefonische Erreichbarkeit der Beratungsstellen und bundesweite Erreichbarkeit von Telefon- und Service-Hotlines formuliert.

Die Verbraucherinteressen stehen im Mittelpunkt. Der Verbraucherzentrale Bundesverband hat sich diesen angepasst und zeichnet sich durch unabhängige, professionelle Aufklärung und Information, durch Beratungen zu Verbraucheralltagsthemen wie langfristige Investitionsentscheidungen, durch Rechtsberatung und –begleitung, durch Marktüberwachung, Lobbyarbeit und Interessenvertretung der Verbraucher aus.

Die Beratungsstelle in Stendal beschäftigt nur eine Halbtagskraft für Verbrauch- und Rechtsberatung, die den Bedarf für ca. 50.000 Haushalte abdecken soll. Durch Mittelkürzungen und Personalabbau kann die Nachfrage nicht befriedigt werden und das Angebot kann nur schwer Schritt halten. Somit sind auch wir eher krisengetrieben als präsentiv ausgerichtet.

Der Verbraucher möchte, dass ihn jemand lotst, der ihm unabhängig sagt, wie es geht.

Das führt für den Verbraucher zu Fehlentscheidungen und Fehlinvestitionen und für die Volkswirtschaft Kaufkraftverluste, Konsumzurückhaltung, Wettbewerbsverzerrung.

Um die bundesweite Nachfrage der Leistungen flächendeckend zu befriedigen, wurden in einer Studie wichtige soziodemographische Daten mit Standortfaktoren korreliert.

Die Verdopplung der Beratungsstellen würde das „Fundament“ der Verbraucherzentrale der Zukunft bieten. Das ist nur möglich mit einer Finanzierung durch die Kommunen und Landkreise, Landesmittel, Bundesmittel und durch gesetzliche Abgabeverpflichtung.

Herr Tanne bedankt sich bei Herrn Hahn für den interessanten Vortrag und fragt: Wie viele Bürger nutzen die Einrichtung und welche Kosten entstehen ihm?

Frau Dittrich spricht von ca. 1.100 Beratungen im letzten Jahr und die allgemeine Verbraucherberatung kostet zwischen 4,00 € und 10,00 €. Es besteht aber auch die Möglichkeit der Infothekenutzung.

Herr Tanne fragt nach der Notwendigkeit an Kräften, um den Bedarf der Verbraucher an Beratungen abzudecken.

Herr Hahn sagt: Um 20 % aller Haushalte einmal im Jahr zu beraten, benötigt man 4 Vollzeitkräfte und eine Servicekraft. Jetzt ist hier eine Halbtagsstelle besetzt.

Herr Stapel stellt fest, dass im Verbraucherschutz einiges nicht funktioniert, was die Gesetzeslage angeht. Was könnten wir hier im Kreis dazu schon ändern?

Herr Hahn sagt, dass u.a. die Lebensmittelkontrolle und –überwachung eine kreisliche Aufgabe ist und da gibt es auf jeden Fall eine Stellschraube an der angesetzt werden könnte.

Herr Riemann weist darauf hin, dass von der Verbraucherzentrale von öffentlicher Seite mehr Beachtung geschenkt werden sollte und von Seiten des Landkreises mehr Unterstützung ohne große finanzielle Anstrengung geboten werden sollte.

Herr Tanne bittet die Ausschussmitglieder die Problematik nach außen zu tragen und beendet diesen Tagesordnungspunkt.

zu TOP 13 Festlegung zur weiteren Beratung der DS 051/2009 (Steinkohlekraftwerk)

Herr Tanne: Nachdem die Änderung des Flächennutzungsplanes abgelehnt wurde, sollte man doch die Bürger befragen.

Der nächste Kreistag soll dazu genutzt werden, um unabhängige Leute aus den Ministerien heranzuholen, die uns zum Thema Steinkohlekraftwerk Auskunft geben. Im Moment müssen wir noch abwarten, was aus der Diskussion der weiteren Energieentwicklung wird.

Herr Stapel: Wer sind unabhängige Experten? Wer lädt wen zur Aufklärung ein? Jede Seite, jede Fraktion sollte ihre Leute einladen und nicht aus einem Umweltministerium.

Herr Werner: Ich habe keine persönlichen Interessen an einem Steinkohlekraftwerk. Mich stört fürchterlich, die unsachliche Argumentation der Bürgerinitiative. Die beruht meiner Meinung nach zu 90% auf persönlichen Angriffen.

Herr Wulfänger: Es ist Ziel der Verwaltung soviel Informationen wie möglich an die Kreistagsmitglieder zu geben. Die nächste Kreistagssitzung soll genutzt werden, wenn wir denn vernünftige Referenten finden. Wir sind daran interessiert, dass aus den Ausschüssen Vorschläge kommen, wen wir denn einladen sollen. Haben die Ausschussmitglieder hier Vorschläge?

Herr Stapel: Dazu müssten wir wissen, worüber geredet werden soll. Ich habe einige Sachen aufgeschrieben, was zu diesem Kraftwerk bedacht werden muss, wenn es hier in diesem Ausschuss diskutiert werden soll. Z.B. die Arbeitsplatzfrage, warum soll so ein Ding überhaupt gebaut werden, bei nur 48% Wirkungsgrad? Wie viel verdienen die damit und wie viel müssen die Bürger vor Ort an Stromkosten zahlen? Was ist mit künstlicher Verknappung von Strom, damit er so teuer ist? Ist das Wirtschaftsförderung? Einfluss auf erneuerbare Energien? Auswirkungen auf den Tourismus und die Landwirtschaft?

Herr Witt: Die Hinweise sind ja richtig, aber wenn ich hier danach handeln sollte und die entsprechenden Fachberater zu Erläuterungen einlade, dann haben wir hier 100 Mann sitzen. Um diese Themen alle abzuhandeln, brauchen wir Jahre.

Herr Tanne: Einige Dinge, die Herr Stapel angeführt hat, können wir uns schon selbst beantworten. Das Potenzial an Arbeitskräften sollte man nicht ohne weiteres vom Tisch wischen. Ich bin dafür, dass wir uns jemanden aus dem Umweltministerium heranziehen.

Frau Lagemann: Sie, Herr Tanne, haben gesagt, dass RWE gesagt hätte, dieses Kraftwerk wird nur gebaut, wenn die Menschen es wollen. Meine Schlussfolgerung wäre, dann fragen wir doch die Menschen. Wenn die Bürgerbefragung gemacht wird und es gibt ein Votum der Bürger, dann wäre doch die Geschichte erledigt. Oder kom-

men dann Experten oder der Kreistag, der sagt: Aber wir sind mit dem Ergebnis nicht zufrieden, wir wollen das Kraftwerk doch gebaut haben?

Herr Tanne: Nein, dass würde der Kreistag niemals machen. Wir sind doch gewählte Vertreter, wenn die Bürger sich dagegen entscheiden, würde ich auch dahinterstehen.

Es sollte jedoch ordentlich abgewägt werden, nicht das wir uns am Ende etwas Gutes vergeben.

Die Zahlen des Hygieneinstituts in Hamm hat mich zum Überlegen angeregt. Wir dürfen jedoch das Potenzial Bio-Region nicht verschenken.

Herr Stapel: Wir brauchen dieses Werk nicht. Wie sollen wir nun weiter verfahren?

Herr Tanne: Wen wollen wir uns zur nächsten Sitzung als Berater einladen? Den Bauernverband zum Thema Landwirtschaft? Oder zum Thema Arbeitskräfte? Hat Jemand andere Vorschläge?

Herr Faller-Walzer: Ich finde beide Themen interessant. Die Arbeitsplatzzahlen, aber von beiden Seiten beleuchtet. Wie sind die Zahlen (Auswirkungen) im Tourismus, gibt es belastbare Zahlen? Wie sind die Arbeitsplätze subventioniert?

Herr Tanne: Also gehen wir die beiden Dinge an. Arbeitskräfte und Landwirtschaft. Dazu holen wir uns zwei Leute in den Ausschuss.

Herr Witt: Ich bin dafür, dass wir der Stimme des Volkes folgen. Es ist soviel Kompetenz in der Bevölkerung da, es haben sich 50.000 Leute mit dem Thema beschäftigt, 80 % davon sind dagegen. Jeder, der jetzt noch Bedarf an Informationen hat, sollte sie sich holen und sich bis zum nächsten Kreistag selber auf das Thema vorbereiten. Bis Weihnachten sollte endgültig ein Schlusspunkt gesetzt werden.

Herr Stapel verweist noch mal auf folgende Literatur: Gutachten über Energie in der Altmark, Studie zur Energie in der Altmark, Landesentwicklungsplan usw.

Herr Tanne weist darauf hin, dass sich die Zahlen von Herrn Witt auf die Bürgerbefragung in Havelberg beziehen und das die anderen Bürger auch befragt werden sollten.

Frau Lagemann: Wer ist denn gegen eine Bürgerbefragung?

Herr Wulfänger: Im Moment wird geprüft, in welchem rechtlichen Rahmen es möglich ist, die Bürger zu befragen.

Herr Tanne: Wollen wir wie besprochen, zwei Referenten in den Ausschuss holen, die uns Auskunft zu den beiden Themen geben?

Herr Wulfänger: Was sollen das für Referenten sein? Zu welchen Themen?

Herr Tanne: zu Arbeitsplätzen (Untersetzung, Subventioniert) und Landwirtschaft

Herr Wulfänger: Kennt dazu jemand einen Experten?

Herr Tanne: Wem dazu jemand einfällt, der solle sich bei Herrn Wulfänger melden.

Herr Wulfänger weist darauf hin, dass ihm keine Referenten bekannt sind.

zu TOP 14 Anfragen und Hinweise

Es gibt keine Anfragen und Hinweise.

Herr Tanne schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

